

Schulfrei für die Bundeswehr

Koordination:

DFG-VK Baden-Württemberg, Werastr. 10, 70182 Stuttgart, 0711-51885601, ba-wue@dfg-vk.de
www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Frau Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer persönlich
Postfach 10 34 42

70029 Stuttgart

25. Juli 2011

Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr

Sehr geehrte Frau Ministerin,

am 4. Dezember 2009 hat der ehemalige Kultusminister Rau (CDU) eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr unterzeichnet, der den Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern der Bundeswehr einen privilegierten Zugang zu den Bildungseinrichtungen des Landes Baden-Württemberg zuspricht.

Mit diesem Schreiben möchten wir Ihnen unsere Position zu dieser Kooperationsvereinbarung darlegen und verschiedene Vorschläge unterbreiten.

Bis zum 22. Juli 1983 war es möglich, dass Mitglieder von Friedensorganisationen als Experten in den Unterricht eingeladen werden konnten. Dies führte damals zu sehr lebhaften Diskussionen im Unterricht und zu einer intensiven Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Am 22. Juli 1983 setzte der damalige Kultusminister Mayer-Vorfelder (CDU) die Verwaltungsvorschrift "Friedenssicherung und Bundeswehr im Unterricht" in Kraft und verbot in einem Zusatzergänzung, dass einzelne Kriegsdienstverweigerer und Vertreter von Kriegsdienstverweigerer-Organisationen als Experten in den Unterricht eingeladen werden können. Dieser Ausschluss hatte zur Folge, dass es Lehrerinnen und Lehrern verboten war, kritische Stimmen aus der Friedensbewegung in ihren Unterricht einzuladen.

Dieses Verbot galt in Baden-Württemberg bis zum 14. Dezember 2004. Erst zu diesem Zeitpunkt erreichte der Landessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Klaus Pfisterer, dass das Verbot zurückgenommen wurde. Bis dahin waren mehr als 21 Jahre lang kritische Stimmen aus der Friedensbewegung im Unterricht ausgeschlossen!

Mit der Verwaltungsvorschrift „Mitwirkung von Fachleuten aus der Praxis im Unterricht“ vom 14. Dezember 2004 dürfen Vertreter von Friedensorganisationen wieder als Fachleute aus der Praxis in den Unterricht eingeladen werden. Damit wäre eigentlich alles geregelt und den Lehrerinnen und Lehrern des Landes Baden-Württemberg bliebe es überlassen, wen sie als Experten in ihren Unterricht einladen.

In der Praxis sieht das allerdings anders aus. Hier wird der Bundeswehr durch die Kooperationsvereinbarung eine unserer Meinung nach unzulässige Privilegierung eingeräumt, die eindeutig dem " *Beutelsbacher Konsens*" aus dem Jahre 1976 widerspricht. Im Beutelsbacher Konsens wird in der politischen Bildung einerseits ein Überwältigungsverbot ausgesprochen sowie andererseits ein Kontroversitätsgebot eingefordert. Beides sehen wir durch die Kooperationsvereinbarung nicht gewährleistet.

Die einseitige Bevorzugung der Bundeswehr/der Jugendoffiziere im Unterricht wird u.a. daran deutlich, dass viele Schulleiter schon Monate im Voraus Termine für Vorträge und Veranstaltungen mit den Wehrdienstberatern ausmachen, ohne das Kollegium vorab zu informieren oder zu fragen.

Ein weiteres Beispiel der einseitigen Bevorzugung der Bundeswehr/der Jugendoffiziere zeigt sich in der Ausbildung von Lehramtsanwärtern. Aus der Antwort des Kultusministeriums vom 22. März 2011 auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Christoph Bayer, SPD, geht hervor, dass die Jugendoffiziere der Bundeswehr in den Jahren 2007 bis 2010 viele Ausbildungsveranstaltungen an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung durchgeführt haben. Die Mehrzahl der Veranstaltungen war für die Lehramtsanwärter verpflichtend.

In dem gleichen Zeitraum hat keine Fortbildungsveranstaltung mit Friedensorganisationen stattgefunden (siehe Schreiben vom 22.3.2011).

Durch die Aussetzung der Wehrpflicht muss die Bundeswehr verstärkt um Freiwillige werben, um die aus dem Dienst scheidenden Zeit- und Berufssoldaten zu ersetzen. Für diese Werbung ist die Schule das ideale Betätigungsfeld der Wehrdienstberater, die bereits heute diese Aufgaben übernehmen und im Unterricht für den Dienst in der Bundeswehr werben. Die Jugendoffiziere werben indirekt für den Dienst in den Streitkräften, da sie in Uniform vor die Klasse treten und den Dienst in der Armee positiv darstellen. Aus unserer Erfahrung heraus werden dabei die tatsächlichen Kriegserlebnisse, wie das Töten von Menschen im Krieg, außer Acht gelassen. Auch die posttraumatischen Belastungsstörungen, mit denen viele deutsche Soldaten aus den Auslandseinsätzen zurückkehren, werden im Unterricht nicht thematisiert. Damit wird den Schülerinnen und Schülern ein idealisiertes Bild vom Dienst in der Armee gespiegelt, das nicht der Realität entspricht.

Das Thema Friedenserziehung ist im Koalitionsvertrag festgehalten, aber bislang noch nicht mit Inhalt unterfüttert. Es gehört zum Kern des Bildungsauftrags des Landes Baden-Württemberg, dass die Schülerinnen und Schüler in einer solch existentiellen Frage wie der nach Krieg und Frieden nicht nur die Anschauung derer kennen lernen, die in Uniform vor ihnen stehen. Die Friedensbewegung hat eine andere Auffassung von Friedenssicherung und Konfliktbewältigung. Sie hat Konzepte zur gewaltlosen Konfliktbearbeitung und -lösung erarbeitet, die von einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung geteilt werden und die im Unterricht dargestellt werden sollten.

Die Friedensorganisationen in Baden-Württemberg wollen auch keine eigene Kooperationsvereinbarung. Das hat einen einfachen Grund. Wir haben nicht die personelle, materielle finanzielle Ausstattung, um ein Gegengewicht zu den Jugendoffizieren bilden zu können. Allein der Etat für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr wurde dieses Jahr von 12 auf 27 Millionen Euro erhöht.

Vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 27. März 2011 haben wir mit den Bildungspolitikern von Bündnis90/Die Grünen und der SPD Gespräche über die Kündigung der Kooperationsvereinbarung im Falle eines Wahlsieges geführt. In diesen Gesprächen wurde uns sehr klar signalisiert, dass im Falle eines Wahlsieges die Kündigung der Kooperationsvereinbarung erfolgen soll.

Der ehemalige Spitzenkandidat der SPD und heutige Finanzminister **Nils Schmid** veröffentlichte diese Sichtweise in einer Stellungnahme am 04.02.2011: "Zwar ist der

Meinungsbildungsprozess in meiner Faktion dazu noch nicht vollständig abgeschlossen, aber im Arbeitskreis 'Schule' überwiegt angesichts der genannten Gründe ganz klar die Meinung, die Kooperationsvereinbarung sei aufzukündigen, um der Bundeswehr gegenüber anderen Organisationen oder Initiativen keine privilegierte Stellung einzuräumen. Denn dadurch entsteht nach unserer Auffassung die Gefahr, dass die Diskussion um 'Krieg und Frieden' sowie 'Sicherheitspolitik' in den Schulen durch die Bundeswehr und ihre Sichtweise quasi monopolisiert wird."

Auf Grundlage dieser Gespräche haben wir nach der von Bündnis 90/Die Grünen und SPD gewonnenen Landtagswahl ein 5-Punkte-Programm erarbeitet, zu dessen Umsetzung wir Sie hiermit ermutigen/auffordern möchten:

1. Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Wehrbereichsverwaltung.
2. Keine Werbemaßnahmen der Bundeswehr durch Jugendoffiziere und Wehrdienstberater an den Schulen.
3. Keine Einbindung von Jugendoffizieren in die Ausbildung von Lehramtsanwärtern.
4. Einrichtung einer landesweiten Arbeitsstelle Friedenserziehung/Friedenspädagogik.
5. Aufnahme von Themen der Friedenserziehung/Friedenspädagogik in die Lehrerausbildung und die Fortbildungsveranstaltungen der Staatlichen Akademien für Lehrerfortbildung.

Diesen Forderungskatalog haben wir nach der Regierungsbildung bereits allen Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD zukommen lassen. In den in den letzten Wochen geführten Gesprächen mit Partei- und Fraktionsmitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD wurde das 5-Punkte-Programm mit viel Sympathie und Unterstützung bedacht.

Wir sind jederzeit gerne zu einem Gespräch mit Ihnen bereit, bei dem wir unsere Vorstellungen vertiefend darlegen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Roland Blach, Kampagnenkoordinator

Gez.

Hagen Battran, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg

Annett Gnass, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden

Thomas Haschke, Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisierung

Volker Haury, Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden in Deutschland

Susanne Hellstern, Pax Christi Rottenburg-Stuttgart

Klaus Pfisterer, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)

Paul Rusmann, Ohne Rüstung Leben

Markus Weber, Pax Christi Freiburg